

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 237 51 51

Fax Redaktion (075) 237 51 55

Fax Inserate (075) 237 51 66

Amtliches Publikationsorgan

1.00 Fr.

AKTUELL

Landesbank senkt Hypothekarzinsen



Die Liechtensteinische Landesbank senkt auf den 1. Dezember 1996 ihre Hypothekarzinsen um 1/4 Prozentpunkt. Mehr darüber lesen Sie auf Seite 8 «Wirtschaft».

Wieder Millionen Liter Trinkwasser ausgeflossen

Beim vierten grossen Wasserleitungsbruch innert 24 Stunden sind am frühen Freitag morgen um 3.30 Uhr im Zürcher Stadtzentrum erneut 2,8 Millionen Liter Trinkwasser auf die Strasse geflossen. Diesmal war gemäss Mitteilung der Industriellen Betriebe der Stadt Zürich eine 25-Zentimeter-Rohrleitung aus der Jahrhundertwende an der Stampfenbachstrasse zwischen Central- und Stampfenbachplatz betroffen. Das Central wurde erneut überschwemmt; Erd- und Untergeschosse mehrerer Liegenschaften liefen voll und mussten von der Feuerwehr ausgepumpt werden. Die Wasserversorgung in den betroffenen Häusern funktionierte am Mittag wieder.

Zweites Hearing zu Holocaust-Geldern

Der Bankenausschuss des amerikanischen Senats führt am kommenden Mittwoch ein zweites Hearing über herrenlose Gelder europäischer Juden und Holocaust-Opfern in der Schweiz durch. Dies gab der Ausschussvorsitzende, Senator Alfonso M. D'Amato, in der Nacht zum Freitag in Washington bekannt.

Die Ermittler des Senatsausschusses hätten beunruhigendes Beweismaterial darüber gefunden, dass die Schweiz Informationen über Vermögenswerte jüdischer und anderer Holocaust-Opfer zurückgehalten habe, sagte D'Amato.

2,7 Millionen Franken für Mini-Staaten-Olympiade 1999

Die Regierung hat dem Landtag einen Antrag auf Erhöhung des Landesbeitrags unterbreitet – Mittel aus Fonds können verwendet werden

(G.M.) – Die Mini-Staaten-Olympiade findet 1999 im Fürstentum Liechtenstein statt. Nach einem vorliegenden Kostenvorschlag rechnet die Regierung mit einem Gesamtaufwand von 2,7 Mio. Fr. Der Staat trägt davon gemäss Regierungsantrag 900 000 Fr.

Die Kleinstaatenspiele bilden analog der grossen Olympischen Spiele einen Sportanlass, heisst es im Regierungsantrag, an welchem sich Sportlerinnen und Sportler aus acht europäischen Kleinststaaten in mehreren Sommersportarten bei erreichbarem Leistungsniveau messen können. Die Spiele werden seit 1985 regelmässig alle zwei Jahre durchgeführt, wobei Liechtenstein vom 24. Mai bis 28. Mai 1999 turnusgemäss Gastgeber sein soll.

Mit der Schaffung eines Fonds für die Durchführung der Kleinstaatenspiele im Jahre 1999 in Liechtenstein hat der Landtag die Bereitschaft des Landes bekundet, einen Teil der Kosten für die Durchführung der Spiele in Liechtenstein zu übernehmen. Der Fonds wurde mit einem Betrag von 800 000 Fr. dotiert und wird zu 4 Prozent verzinst. Die Regierung beantragt nun beim Landtag die Verwendung der Mittel aus dem Kleinstaatenspielefonds und schlägt gleichzeitig eine weitere Dotierung des Fonds um 16 000 Fr. auf insgesamt 900 000 Fr. aus den Mitteln der laufenden Rechnung 1996 vor.



Die Kleinstaatenspiele werden 1999 im Fürstentum Liechtenstein durchgeführt. Die Regierung rechnet mit einem Kostenaufwand von 2,7 Millionen Franken. Unser Archivbild zeigt die Ankündigung der Liechtenstein-Spiele in Luxemburg 1995.

Grundsätzlich hätte die Regierung im April 1995 der Übernahme von einem Drittel der Kosten zugestimmt unter der Voraussetzung, dass die Gemeinden und

der Veranstalter die verbleibenden zwei Drittel paritätisch übernehmen. Mehr darüber auf Seite 3.

Die Alpen: Idylle oder Verkehrshindernis?

CIPRA-Konferenz zum Thema «Mythos Alpen» – Aktionsplan zur Umsetzung der Alpenkonvention

(G.M.) – Die Zukunft des Alpenraumes stand gestern im Mittelpunkt der Jahreskonferenz der Internationalen Alpenschutzkommission (CIPRA) in Innsbruck. Unter dem Motto «Mythos Alpen» beleuchteten Fachleute die verschiedenen Facetten einer zukunftsgerichteten Verkehrs- und Umweltpolitik. Die Konferenz geht heute Samstag mit Stellungnahmen von Politikern aus den Alpenländern zu Ende.

Zur Jahreskonferenz hat die CIPRA einen Aktionsplan zur Umsetzung der Alpenkonvention erarbeitet, um den nicht umstrittenen Protokollen möglichst rasch zum Durchbruch zu verhelfen. Zu den strittigen Fragen gehört immer noch das Verkehrsprotokoll, wo unterschiedliche Auffassungen der verschiedenen Länder den Kern des Problems bilden. Insbesondere geht es um die Frage, inwieweit die betroffene Bevölkerung bei der Planung von alpenquerenden Transitstrassen ein Mitspracherecht besitzen soll.

Auch Liechtenstein ist derzeit von den Planungen des Nachbarlandes Österreich im Strassenbau betroffen. In diesem Zusammenhang erklärte Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel in einem Interview mit dem VOLKSBLATT seinen Standpunkt: «Es kann doch nie und nimmer angehen, dass der Bevölkerung eines Nachbarstaates ohne deren Mitsprache eine hochrangige Transitachse bis an die Grenze geführt wird in der Erwartung, dass diese dann den Verkehr übernimmt. Und diese Haltung wird im übrigen beispielsweise auch von Österreich im Hinblick auf eine neue Transitachse Italien-Österreich in den Verhandlungen zum Verkehrsprotokoll

vollumfänglich geteilt. Wir haben übrigens Österreich im Rahmen der Verhandlungen zum Verkehrsprotokoll in seiner Forderung nach einem Mitspracherecht immer unterstützt.»

Zum Aktionsplan der CIPRA gehört die Erarbeitung einer «schwarzen Liste» nicht alpenkonventionskompatibler Projekte und Massnahmen, die Reduktion des Autoverkehrs in Tourismusregionen um 5 Prozent pro Jahr, um die Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe: Diese Kreisläufe könnten nach Auffassung der CIPRA gestärkt werden, wenn sich die ansässigen Wirtschaftsbetriebe freiwillig verpflichten, vermehrt auf Produkte aus der Region zurückzugreifen.

Das Interview mit Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel lesen Sie auf Seite 3.

Drogenabgabe kann Leben retten

Bern (AP) Die ärztlich kontrollierte Heroinabgabe hat einige Dutzend Menschenleben gerettet, einige Tausend Delikte verhindert und gegen tausend Süchtigen eine neue Lebensperspektive eröffnet. Diese positive Zwischenbilanz über die wissenschaftlich begleiteten Drogenversuche zog BAG-Direktor Thomas Zeltner am Freitag in Bern.

Der zweite Zwischenbericht über die Anfang 1994 gestartete Drogenabgabe bestätigte die günstigen Resultate des ersten Berichts, sagte Thomas Zeltner, Direktor des Bundesamtes für Gesundheit (BAG). Dies sei ein Erfolg, der sich sehen lassen dürfe, und dazu berechtige, zuversichtlich auf den Schlussbericht zu warten, der im Sommer 1997 erscheinen werde.

Friedensnobelpreis für Demokratie-Aktivisten in Osttimor

Bischof Carlos Filipe Ximenes Belo und Jose Ramos-Horta ausgezeichnet – Offizielles Indonesien reagiert verärgert auf Preisvergabe

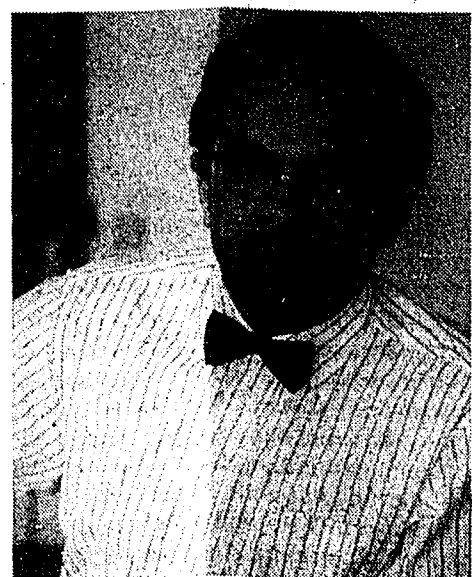
Oslo (AP) Für ihr Bemühen um ein Ende des international weitgehend ignorierten Konflikts in Osttimor erhalten der katholische Bischof Carlos Filipe Ximenes Belo und der Unabhängigkeitsaktivist Jose Ramos-Horta den Friedensnobelpreis. Die am Freitag verkündete Entscheidung des Osloer Preiskomitees löste in Jakarta Verärgerung aus. Die ehemalige portugiesische Kolonie Osttimor wurde 1975 von Indonesien besetzt und ein Jahr später annektiert. Seither werden die vorwiegend christlichen Einwohner unterdrückt und misshandelt.

Die portugiesische Regierung äusserte sich hocheifrig über die Entscheidung aus Oslo. «Ich möchte dem Komitee danken, dass es die Welt an diese noble, aber oft vergessene Sache erinnert hat», sagte Ministerpräsident Antonio Guterres. Der Vatikan nahm die Nachricht mit «tiefer Befriedigung» auf. «Ich wünsche, dass dies zu konkreten Ergebnissen bei der Achtung der Menschenrechte führt», sagte Vatikansprecher Joaquin Navarro-Valls. In Deutschland forderte die Bonner Opposition Bundeskanzler Helmut Kohl auf, bei seiner bevorstehenden Indonesien-Reise die Menschenrechtsver-

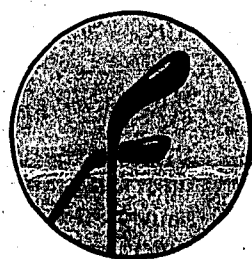
letzungen dort zu verurteilen. «Mit der Verleihung des Preises hoffen wir, zu einer diplomatischen Lösung des Konflikts beizutragen», erklärte der Vorsitzende des Preiskomitees, Francis Sejersted. Bischof Belo war massgeblich an der Aufarbeitung des Massakers vom

November 1991 beteiligt. Nach portugiesischen Medienberichten hielt der 48jährige in der Stadt Hauptstadt Dili gerade eine Messe, als die Entscheidung in Oslo verkündet wurde. In einem Interview mit Radio Vatikan sagte er, der Preis sei für alle, die sich in

Indonesien für mehr Demokratie, Offenheit und die Achtung der Menschenrechte einsetzen. Der im australischen Exil lebende Ramos-Horta wurde vom Nobelpreiskomitee als «führender internationaler Sprecher für die Sache Osttimors» gewürdigt. Ramos-Horta äusserte sich im australischen Rundfunk überrascht über die Ehrung. «Der Demokratieprozess kann nicht aufgehalten werden», sagte er.



Friedensnobelpreis 1996 für Demokratie-Aktivisten in Osttimor: Jose Ramos-Horta (l.) und Bischof Carlos Filipe Ximenes Belo.



federer
AUGENOPTIK
BUCHS UND TRIESEN

aktuelle Themen

20 Jahre ARA Bandern.....	2
CIPRA-Konferenz in Innsbruck.....	3
Ausländische Jugendliche in Liechtenstein: Aus dem Kinder- und Jugendbericht der Regierung.....	7
1. Liga-Derby: Balzers - Vaduz.....	11
Martina Hingis: «Überfuhr» Sanchez.....	12
Spannender Wahlsamstag in Österreich.....	19
6. Coming-Out-Tag.....	20

**Innen.
Leben.**

DECOR DESIGN

FL 3127 Fendlin
Tel. 075 372 55 39